

MICHAELE HUSTEDT – DIE MUTTER DES EEG

INTERVIEW ÜBER DIE ENTSTEHUNG DES ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ (EEG) IM DEUTSCHEN BUNDESTAG VON 1994 BIS 2005

Oft wird von den Vätern des EEG gesprochen, Hermann Scheer, Hans-Josef Fell und Dietmar Schütz. Doch Michaela Hustedt war die Vierte im Bunde und sie gilt als die Mutter des EEG. Seit die Grünen 1994 wieder im Bundestag vertreten waren ¹⁾, hat sie sich mit dem so genannten 2. Stromeinspeise gesetz befasst und vor allem die wirtschaftliche Seite des EEG – die Idee der Umlage auf den Strompreis – entwickelt.

SONNENENERGIE: *Frau Hustedt ²⁾, Sie sind seit vielen Jahren in der Politikberatung und im Coaching tätig. Wen beraten Sie mit welchem Ziel?*

Hustedt: Ich berate diejenigen, die in der Politik sind oder Einfluss auf sie nehmen wollen. Zu mir kommen in meinen Augen die sogenannten „Guten“: Entwicklungshilfeorganisationen, Sozialverbände, Erneuerbaren Verbände und Umweltverbände. Ziel ist, deren Arbeit zu verbessern, d.h. damit sie ihren Einfluss auf die Politik verstärken und verbessern können. Natürlich definieren die Verbände ihre Ziele selbst, aber gemeinsam überarbeiten wir sie, um sie realistisch zu definieren und damit möglichst erfolgreich zu machen. Aus der Politik sind es Abgeordnete der Grünen und anderer Parteien, und zwar aus allen Ebenen: dem Bundestag, den Landtagen und Kommunen. Ich werde auch gebeten, Netzwerke zu moderieren zwischen NGOs, Wirtschaft und Politik. Ein Ziel kann zum Beispiel darin bestehen, einen Kompromiss zu finden oder einen strategischen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

SONNENENERGIE: *Sie kommen aus Hamburg und sind Politikerin der Grünen gewesen. Wie ist Ihre Entwicklung verlaufen? Wie und warum sind Sie zu den Grünen gekommen?*

Hustedt: Mein Lebensthema war und ist die Umwelt- und Ökologiepolitik. Ich habe Chemie und Biologie (Lehramt) studiert, habe mich aber entschieden, nicht Lehrerin zu werden. Stattdessen habe ich Aufbaustudiengänge für Umweltpo-

litik und Ökologie absolviert. Ich wollte etwas anfangen, was meiner Lebenszeit möglichst viel Sinn verleiht. Diesen Sinn habe ich im Umwelt- und Klimaschutz gesehen, in denen ich mich mit meinen naturwissenschaftlichen Kenntnissen engagieren wollte. 1989 ich habe mich als Umwelt- und Ökologiereferentin bei den Grünen im Bundesvorstand beworben. Damals war ich kein Mitglied, bin aber möglicherweise gerade deshalb genommen worden. Denn es tobten zu dieser Zeit heftige Flügelkämpfe. Und weil mich keiner kannte, ich aber wohl einen guten Eindruck gemacht hatte, hofften alle, mich auf ihre Seite ziehen zu können. Jedenfalls wurde ich einstimmig eingestellt. Danach fing ich aber bald an, mich stärker in die Parteipolitik einzumischen und bin schließlich in die Partei eingetreten. Ich bin dann in den Landesvorstand von NRW gewählt worden und habe auf der Landesliste für den Bundestag kandidiert. So war ich seit 1994 im Bundestag bis 2005. Es war ein ungewöhnlicher Erfolg für mich, denn ich war Quereinsteigerin.

SONNENENERGIE: *Welchen Stellenwert hatten die Erneuerbaren bei der Gründung der Grünen? Und welche Entwicklung hat das Energiethema seitdem genommen?*

Hustedt: Bei der Gründung der Grünen Partei 1979/ 80 war das Thema Erneuerbare Energien noch nicht sehr wichtig. Damals standen Umweltthemen stärker im Vordergrund. Auch das Klimathema war noch nicht vordergründig; das kam erst 1988/1989 auf die politische Agenda. Bei der Gründung der Grünen stand eher der Bericht des Club of Rome Pate „Die Grenzen des Wachstums“. Die Endlichkeit der Ressourcen, natürlich der Atomausstieg, das Waldsterben und vor allem die Abfallpolitik waren die heißen Themen. Klaus Töpfer als Umweltminister führte das Flaschenpfand und die DSD – die gelbe Tonne ³⁾ – ein. Aber Wolfgang Daniel, Bundestagsabgeordneter der Grünen hat sich damals schon um die Erneuerbaren stark gekümmert ⁴⁾. Auch Wilhelm Knabe

⁵⁾ war im Umweltsektor mit ihnen beschäftigt. Das Thema war zwar präsent aber stand nicht so stark im Vordergrund wie heute, denn in der Energiepolitik war der Kampf gegen die Atomkraft prägend. Die Grünen waren dabei Teil einer Bewegung, die am Anfang auf wenig Zustimmung stieß aber verbunden war mit grundsätzlicher Gesellschaftskritik und der Bewegungen, die anders miteinander leben wollten. Schritt für Schritt wurde für den Atomausstieg die Mehrheit der Gesellschaft erobert. Wichtig dabei war nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl der Beschluss der SPD innerhalb von 10 Jahren aus der Atomkraft auszuweichen. Spätestens da kam die Debatte auf: Wie wollen wir dann alternativ die Energie erzeugen, die wir brauchen? Nach diesen energiepolitischen Erfolgen, wurde das Thema Ausbau der Erneuerbaren Energien dominant. Auch mit dem Thema Klimaschutz Anfang der 90er rückten die Erneuerbaren Energien weiter nach vorne. Mit meiner Einstellung als Umwelt- und Ökologiereferentin der Bundestagsfraktion 1994 hatte ich mich aber sofort den Erneuerbaren zugewandt, allerdings neben all den anderen umweltpolitischen Themen.

SONNENENERGIE: *Welche Vision hatten Sie damals von einem solaren Zeitalter?*

Hustedt: Ich war nie eine Anhängerin dessen, sich in der Frage zu überschlagen wie schnell man eine erneuerbare Energievollversorgung erreichen kann. Ich habe immer gesagt, lass uns die nächsten Schritte gehen. Dann werden wir sehen, wie schnell wir vorankommen. Denn wir werden auf dem Weg noch auf Probleme stoßen, an die wir jetzt noch gar nicht denken. Zwar werden wir vielleicht auch mal schneller vorankommen, als wir dachten, aber lass uns Ziele setzen, die auch zu schaffen sind. Mit dieser Strategie bin ich immer gut gefahren. Nun stoßen wir eben auf Probleme, an die wir so noch nicht gedacht haben. Man ist kein besserer Ökologe, wenn man radikalere

Ziele beschließt, gleich ob sie realistisch oder unrealistisch sind. Das kann man im Vorhinein gar nicht beurteilen. Meine Vision war immer, den nächsten radikalen Schritt zu tun. Und damit wirklich etwas durchzusetzen und nicht nur große Sprüche zu klopfen. Deswegen hat es mir auch gut gepasst, in Regierungsverantwortung zu sein.

SONNENENERGIE: *Was war der Motor für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien weltweit?*

Hustedt: Für den Ausbau der Erneuerbaren gab es einerseits das Klimaargument und andererseits das wirtschaftliche Argument. Das hat sich auch auf verschiedenen Politikebenen widerspiegelt. Auf Klimakonferenzen wurde über den Ausbau der Erneuerbaren gesprochen. Die Reaktion der Entwicklungsländer war immer: Aber dafür müsst ihr uns Geld geben und außerdem müsstet ihr das zuerst uns vormachen, denn es ist teuer.

Parallel dazu hatten wir auch internationale Konferenzen, bei denen es um Innovationen ging, um den Technologien der Erneuerbaren als neuen Wirtschaftszweig den Weg zu ebnet und damit Länder unabhängiger von Erdöl werden. Das waren mehr ökonomische und weniger Umweltargumente. Wenn man sagte, mit erneuerbaren Technologien sei man ökonomisch erfolgreicher, lag in dieser wirtschaftlichen Argumentation ein viel größerer Schwung. An dieser Stelle haben die Entwicklungsländer gesagt: Wir wollen sie auch, und zwar sofort! Gebt uns die Technologie! Viele haben erkannt, dass das eine Chance für den wirtschaftlichen Aufschwung ihrer Länder sein könnte. Ich glaube, dass das in Zukunft so bleiben wird. Wenn wir nicht die erfolgreiche, ökonomische Seite aufzeigen können, wenn wir nur mit der Umweltargumentation vorangehen, werden wir mit der Energiewende nicht weiter kommen.

SONNENENERGIE: *Gab es denn eine Einteilung sozusagen in Argumentationsfraktionen – die einen mehr ökologisch und die anderen mehr ökonomisch?*

Hustedt: Ja, natürlich! Herrmann Scheer stand, wie ich fand zwar zu hart, aber klar auf der ökonomischen Seite: Klimaschutzkonferenzen bringen gar nichts, Emissionshandel ist Mist – waren seine sehr klaren Positionen. Die Umweltverbände und auch das BMU vertraten die ökologische Seite. Ich persönlich glaube, dass die ökonomische Seite zwar den größeren Drive entfaltet, aber dass wir so etwas wie Klimakonferenzen unbedingt auch brauchen. Zwar hat Herrmann Scheer bisher Recht behalten, dass Emissionshandel Mist ist, bzw. nicht

funktioniert, weil es ein Bürokratiemonster mit Null Wirkung ist, aber das liegt an der Umsetzung, die von der Kohlelobby blockiert wird.

SONNENENERGIE: *Und Sie selbst, Frau Hustedt, welchem Lager würden Sie sich zuordnen?*

Hustedt: Vom Gefühl her sind mir die ökologischen Argumente näher. Sie sind mein Lebensthema. Aber um etwas zu erreichen, müssen wir die ökonomischen Argumente schärfen. Dennoch, das sieht man an den aktuellen Ergebnissen in Paris, wenn heute eine Klimakonferenz oder auch die Nachhaltigkeitskonferenz 1992 in Rio damals zu guten Ergebnissen kommt, dann hat das eine große Ausstrahlung. Vor allem gibt es einen Argumentationshintergrund wenn sich die Regierungschefs der Welt die Hand geben und sagen wir wollen das vorantreiben. Ich war nie der Meinung, dass das überflüssig wäre, aber alleine, glaube ich, reicht es nicht aus. Auch jetzt ist es der Engpass für die Energiewende. Die Mehrheit der Menschen in diesem Land ist dafür. Aber die wichtigen, einflussreichen Stimmen aus der Wirtschaft wie BDI ⁶⁾, VCI ⁷⁾, IG BCE ⁸⁾, etc. sind dagegen und damit auch die Mehrheit der Wirtschaftspolitiker in der CDU, CSU und in der SPD, aber auch die Kohlefraktion der Linken. Ich bin deshalb in den Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss des Bundestags gegangen.

SONNENENERGIE: *In welche Kategorie würden Sie die Abgeordnetenkollegen in den anderen Parteien, Dietmar Schütz (SPD), Herman Scheer, Josef Göppel, Peter Ramsauer (CSU) und Dietrich Austermann (CDU) ⁹⁾ sortieren?*

Hustedt: Ich denke, dass die ökologische Argumentation mehr in der Grünen Partei zu Hause war und noch ist. Peter Ramsauer hatte selbst kleine Wasserkraftwerke und war deswegen ein Unterstützer der ökonomischen Seite des EEG. Bei der SPD gab es viele, die den Stadtwerken nahe standen und von daher auch eher die ökonomische Seite vertraten. Herman Scheer war von Kopf bis Fuß und mit jedem Nerv ein Überzeugter Verfechter der Erneuerbaren. Egal mit welchen Argumenten. Dafür hat er ja auch den alternativen Nobelpreis bekommen. Ich vermisse ihn sehr. ¹⁰⁾

SONNENENERGIE: *Es ist eine unglaubliche und von den meisten Experten nicht vorhergesehene Erfolgsstory der Erneuerbaren Energien, von ca. 5 % Strom im Jahre 2000 auf 33 % 2016 zu steigen. Das EEG mit seiner gesetzlich garantierten Einspeisevergütung ist einer*

der Schlüssel zu diesem Erfolg. Nehmen wir mal an, es wäre aus energiepolitischen Gründen nicht zum EEG gekommen, wie wäre die Entwicklung dann verlaufen? Wären die Erneuerbaren tatsächlich aufzuhalten gewesen und welche wirtschaftlichen und sozialen Triebkräfte würden Sie dafür aus heutiger Sicht benennen?

Hustedt: Schwer zu sagen, aber man kann in andere Länder schauen, wo es kein EEG gegeben hat. Dort gab es diese rasante Entwicklung eben nicht. Und ich gehe sogar noch weiter, wenn es in Deutschland das EEG nicht gegeben hätte, dann hätten wir die technologischen Innovationssprünge und die Preisreduktion nicht gehabt. Daher halte ich das EEG bei weitem und mit großem Abstand für das beste entwicklungspolitische Instrument, das es in Deutschland je gegeben hat. Es hat sehr weitreichende Bedeutung zum Beispiel, dass jetzt die Preise für Sonne und Wind so stark gesunken sind. Beim Wind hatte man der Lernkurve vertraut und die Entwicklung noch einigermaßen abgesehen können, aber dass es bei der Photovoltaik so schnell ging, war natürlich großartig! Heute sind wir genau an dem Punkt, an dem wir sagen können, Windenergie und Photovoltaik sind günstiger als Atom- oder auch neue Kohlekraftwerke. Das ist natürlich ein riesen Erfolg und da sind wir wieder bei der Wirtschaft – das ist jetzt unumkehrbar. Die Kostenreduktion war die Basis dafür, dass in anderen Ländern auch ein Boom losging. Diesen Sprung hat die deutsche Bevölkerung zwar bezahlt, aber ich finde, diese Investition hat sich gelohnt. Also, wenn es kein EEG gegeben hätte, dann hätte es eben diese Entwicklung gegen die große Energielobby weltweit heute noch nicht gegeben.

Und lassen Sie mich eins noch sagen: Das Geniale am EEG oder dem 2. Stromeinspeisegesetz ist, dass es erstens haushaltunabhängig ist und zweitens, dass es nicht nur Forschungsförderung war, sondern eine Markteinführungsförderung. Bei der Forschungsförderung gibt es immer nur wenig Geld für Pilotprojekte. Hier ist es aber so, dass der Massenmarkt in Gang gekommen ist. Dahinter lohnt sich dann die Forschung von ganz alleine. Das sind zwei ganz wichtige Punkte.

SONNENENERGIE: *Kommen wir zur Entwicklungsgeschichte des EEG. Es gibt ja Vorläufer: Das Stromeinspeisegesetz ¹¹⁾ von 1990 mit Wolfgang Daniels und Matthias Engelsberger, die Einspeisegesetze in Freising (Prof. Schrimpf) und in Aachen (Wolf v. Fabek): Sind diese Erfahrungen der Vorläufer in die Ausformulierung des EEG-Gesetzesentwurfs eingegangen?*

Hustedt: Das Stromeinspeisegesetz von 1990 ist von der Enquetekommission „Schutz der Erdatmosphäre“ (1987 – 1995) vorbereitet, aufgenommen und bestätigt worden. In der Kommission hatten sie sich über die Parteien hinweg verständigt. Deswegen war das ein Allparteiengesetz. Super! Sehr selten!

Daher war das Stromeinspeisegesetz die Basis. Wir haben von diesem Gesetz viel gelernt. Die Frage war was wir noch tun können, damit die Entwicklung der Erneuerbaren dynamischer verlaufen kann und wirklich richtig in Gang käme. Wir haben uns die Hemmnisse und Probleme angeschaut: Wie kann man das Gesetz verbessern? Zum Beispiel haben wir gesehen, dass die Photovoltaik (PV) nicht ausreichend vergütet war. Das war übrigens ein entscheidender Punkt, dass die Grünen mit 99 Pfennigen für die PV eine kostendeckende Vergütung aushandeln und verankern konnten.

Bei der 2. EEG-Novelle 2004 haben wir gesehen, dass die Windenergie zwar eine ausreichend gute Entwicklung genommen hat, aber dass es bei der Bioenergie noch hapert, denn am Anfang war das EEG vor allem ein Gesetz für Sonne und Wind. Diese Verbesserungen wurden in einem Paket mit der Ökosteuerreform verhandelt. Die Grünen haben dafür auf eine weitere Ökosteuerreform verzichtet. Aber wir mussten Prioritäten setzen. Es waren sehr harte Auseinandersetzungen mit unserem Koalitionspartner SPD. Immer wieder haben die Gegner auch die Beihilferegelung der EU ins Feld geführt. Aber die pro Energiewende-SPD und die Grünen haben gut zusammengearbeitet und sich gegen den Wirtschaftsflügel der SPD inclusive jeweiliger Wirtschaftsminister (Werner Müller und Wolfgang Clement) durchgesetzt.

SONNENENERGIE: *Seit wann haben Sie in der Fraktion der Grünen an einem EEG gearbeitet?*

Hustedt: Bereits 1994 in der Opposition haben wir sofort mit dem Thema EEG begonnen, weil es ein zentraler Punkt im Wahlprogramm war. Schon in dieser Zeit haben wir Grundlagen für das Gesetz erarbeitet. Dann als die Rot-Grüne Koalition die Bundestagswahl gewonnen hatte, haben wir darauf gewartet, dass ein entsprechender Gesetzentwurf von den zuständigen Ministerien kommt. Aber das grüne Umweltministerium war durch das von der SPD geführte Wirtschaftsministerium blockiert. So haben wir, und das ist sehr selten, als Bundestagsfraktionen ein eigenes Gesetz erarbeitet und eingebracht. Ich habe dabei die rot-grüne Arbeitsgruppe in der das EEG diskutiert und verhandelt wurde, geleitet.

SONNENENERGIE: *Wie hat die Opposition darauf reagiert?*

Hustedt: Beim Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), unter dem Geschäftsführer Johannes Lackmann ¹²⁾, war ein Beirat eingerichtet worden, der aus Abgeordneten der verschiedenen Parteien im Bundestag bestand. Dort haben wir recht vertrauensvoll zusammengearbeitet. Gut wäre es gewesen, wenn auch CDU und CSU dem Gesetz zugestimmt hätten. Das hätte Sicherheit für die Branche auch bei einem Regierungswechsel gebracht (Es war ja bei weitem nicht klar, ob es noch eine zweite Rot-Grüne Regierungsperiode geben würde). Das hätte auch fast geklappt – ist jedenfalls nur knapp gescheitert. Deshalb habe ich sehr intensiv und frühzeitig die CDU/CSU-Fraktion informiert, was wir unter Rot-Grün gemacht haben. Abgeordnete wie Dietrich Austermann und Peter Ramsauer ¹³⁾ haben das in die Fraktion getragen. Aber die CDU hat sich dann mehrheitlich entschieden, doch nicht zuzustimmen – was m.E. ein Fehler war. Andererseits war das insofern gut, dass wir sagen konnten, das ist unser Gesetz, bzw. eines zusammen mit der SPD. Aber für die Sache wäre es gut gewesen, wenn es eine größere parteiübergreifende Absicherung gegeben hätte.

SONNENENERGIE: *War die Liberalisierung des Strommarktes eine Voraussetzung für das EEG? (Das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 wurde ja noch unter der Regierung Kohl 1998 geändert.)*

Hustedt: Nein, am Anfang gingen wir ja vom monopolisierten Netz als Empfänger des erneuerbaren Stroms aus. Diese einfache Möglichkeit ist uns dann aber durch das Unbundling ¹⁴⁾ im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes genommen worden, weil der Netzbetreiber gar kein Strom mehr besitzen durfte und daher auch nicht vermarkten konnte. Deshalb haben wir eine Regelung finden müssen, damit der Netzmonopolist den erneuerbaren Strom dennoch vermarkten durfte. So hat die Liberalisierung dazu beigetragen, dass die Leute Ökostrom kaufen konnten. Ich war ja die Erste, die das mal durchexerziert hat. Das war noch in der Oppositionszeit, als die Bundesregierung mit Wirtschaftsminister Günter Rexrodt ¹⁵⁾ (FDP) das Liberalisierungsgesetz erlassen hat. Ich habe erstmalig probiert, Windstrom aus meinem Wahlkreis Euskirchen in NRW zu kaufen und zu mir in meine Bonner Wohnung liefern zu lassen. Dafür musste ich vier Monate verhandeln mit dem Ergebnis, dass die Durchleitungsgebühren höher waren als die Stromkosten vorher. Damit war be-

wiesen: Die Liberalisierung von Rexrodt steht nur auf dem Papier. Das Gesetz ist keine Grundlage, dass es auch möglich ist, Ökostrom zu kaufen. Heute ist das Selbstverständlich. Auch ein Ergebnis Rot-Grüner Energiepolitik.

SONNENENERGIE: *Wie sah das konkret aus?*

Hustedt: Zusammen mit Vattenfall habe ich mit den Bonner Stadtwerken die Durchleitungsgebühr ausgehandelt. Dazu gab es mehrere riesige Aktenordner, die ich allein niemals hätte durcharbeiten können. Es war wirklich eine komplizierte Geschichte – deswegen hatte ich Vattenfall dabei – ich hätte die Hälfte nicht verstanden. Vattenfall hat mir professionelle Verhandler geschickt, denn der Konzern wollte nämlich auf den deutschen Markt und hatte ein Interesse, dieses Projekt mal exemplarisch auszuhandeln. Wir haben wie gesagt vier Monate darüber verhandelt, wie hoch die Durchleitungsgebühr aus dem Euskirchen-Erftkreis, meiner Windkraftanlage, hin zu meiner Bonner Wohnung sein sollte. Mit dem Ergebnis, dass sie höher war als der Strompreis, den ich dem Bonner Stadtwerk hätte zahlen müssen, wenn ich den Strom von dort bekäme. Trotzdem hab ich zugeschlagen. Aber mit diesem Beispiel bin ich natürlich in die Bundestagsdebatten gegangen und habe gesagt, Leute schaut mal her: Die Liberalisierung ist noch nicht weit her, wenn Bürger vier Monate lang eine höchst komplexe Materie verhandeln müssen und im Ergebnis eine Durchleitungsgebühr zu zahlen haben, die höher ist als der Strompreis, den ein örtlicher Konkurrent bietet – eines Strommonopolisten.

Im Zuge der Liberalisierung sind dann Firmen wie Lichtblick, Naturstrom und Schönau entstanden.

Insofern hatte die Liberalisierung natürlich etwas mit der Bezugsmöglichkeit erneuerbaren Stroms zu tun. Aber das EEG ging ja nie davon aus, dass der Bürger Ökostrom kaufen muss oder freiwillig kaufen soll. Sondern das EEG ging davon aus, dass die Vergütungskosten auf alle umgelegt werden. In diesem Sinne brauchten wir den Bürger nicht. Wir hätten also auch in einer monopolisierten Stromwirtschaft das EEG einführen können. Im Gegenteil bei der Liberalisierung tauchte wie gesagt das Problem auf, dass wir nicht einfach den Netzbetreiber auffordern konnten, er müsse den eingespeisten Strom abnehmen und ihn dann vermarkten. Der Netzbetreiber durfte ja nach der Unbundling-Verordnung gar nichts mehr vermarkten, denn der Strom, den er gebührenpflichtig durchleitete, gehörte ihm nicht mehr. Aber auf einmal

hatte er den EEG-Strom in seinem Netz und das widersprach dem Unbundling. Wir mussten also eine andere Lösung oder Regelung finden.

SONNENENERGIE: *Sie waren Leiterin der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des EEG. Was war Ihre Aufgabe und wer waren Ihre Mitstreiter in Ihrer Partei?*

Hustedt: Normalerweise wird ein Gesetz in einem Ministerium erarbeitet und in der Entstehungsphase des EEG – also in der ersten Rot-Grünen Legislaturperiode 1998 bis 2002 haben wir mit den Umwelt- und Wirtschaftsministern (BMU und BMWi) diesbezüglich Gespräche geführt. Aber sie sind nicht zu Potte gekommen, wie man bei uns in Norddeutschland sagt. Das führte zu dem Punkt, an dem wir – die Parlamentarier – die Initiative ergriffen und gesagt haben, dann schreiben wir es eben selbst. Was natürlich eine große Herausforderung war, weil es eben so einfach nicht ist, einen „wasserdichten“ Gesetzesentwurf vorzulegen. Aber wir hatten auch gute Juristen dabei und auch die Unterstützung durch den Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), denn der war damals noch kein Wirtschaftsverband sondern eher ein Akteursverband, ein Verband deren Mitglieder etwas für Klimaschutz und Erneuerbare Energien tun wollten. So ist der EEG-Gesetzesentwurf zwar mit vielfältiger Unterstützung von außen aber hauptsächlich von den SPD- und Grünen-Parlamentariern formuliert und ins Parlament eingebracht worden. Das war etwas Einmaliges!

Bei der EEG-Novelle 2004 war es dann aber so, dass sich die Ressorts des BMWi und des BMU auf eine Novelle verständigt und sie dem Bundestag zugeleitet hatten. Wir bildeten dann eine Rot-Grüne Arbeitsgruppe, in der die Novelle noch einmal stark überarbeitet wurde. Denn die Novelle, auf die sie sich verständigt hatten, war aus unserer Sicht für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren nicht ausreichend, nicht proaktiv genug. Mit anderen Worten auch da hat das Parlament die entscheidenden Neuerungen eingeführt.

Es war aber nicht so, dass wir in den Regierungsfractionen nur Befürworter hatten, vor allem in der SPD nicht. Die Wirtschaftsminister Werner Müller ¹⁶⁾ und später Wolfgang Clement ¹⁷⁾ waren jeweils ein Hort des Bremsens. In der SPD gab es viele Kohlebefürworter, von daher war das EEG für diese recht unbequem. In dieser Situation war Hermann Scheer entscheidend für den Erfolg des EEG. Hermann war in der Lage, tatsächlich für Zustimmung in der SPD-Fraktion zu sorgen. Er hatte zwar immer ungefähr 40

bis 50 Abgeordnete, die er auf seiner Seite wusste, aber dann musste er mit jedem weiteren SPD-Abgeordneten dealen – und wenn es noch so „dreckige Deals“ ¹⁸⁾ waren. Aber so hat er tatsächlich Mehrheiten organisiert. Er war sich immer sehr klar darüber, welche Mehrheiten er organisieren kann und welche nicht.

Und in dem Zusammenhang war Dietmar Schütz ¹⁹⁾, stellvertretender energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sehr hilfreich. Denn Scheer galt vielen SPD-Abgeordneten als zu alternativ, während Schütz eher aus dem bürgerlichen Zentrum kam und entsprechend argumentierte. Er gab dem Ganzen in den Augen vieler Abgeordneter den Anstrich von Solidität. Dadurch, dass Dietmar Schütz Herrmann Scheer unterstützte, bildete sich zwischen uns eine sehr fruchtbare Arbeitsteilung heraus, bei der Herrmann in der Welt herumfahren konnte und ich die Arbeitsgruppe leitete. Wir haben geschaut, was wir in den Fraktionen durchkriegen konnten. Wenn ich irgendwo nicht weiterkam, habe ich Hermann angerufen, der Mal wieder irgendwo in Taiwan oder so, war und habe ihn gebeten zu kommen, um Mehrheiten herzustellen. Hermann ist immer gleich gekommen, hat seine „Truppen“ gesammelt und hat dann bestimmte Dinge durchgesetzt. Michael Müller war damals zwar stellvertretender Fraktionsvorsitzender und sozusagen auch auf unserer Seite aber er war überhaupt nicht durchsetzungsfähig. Er hat zwar tolle ökologische Reden gehalten aber Mehrheiten konnte er niemals organisieren. Hermann war eben auch ein Machtmensch.

SONNENENERGIE: *Was haben Sie persönlich in die Entstehung des Gesetzes einbringen können?*

Hustedt: Mein Arbeitskreis II, den ich leitete, war der für Umweltschutz, Verkehr, Landwirtschaft und Energie zuständig. Ich persönlich habe zentral an dem Gesetz mitgearbeitet und die Grundstruktur mit anderen zusammen konzipiert. Es gibt sehr viele, konkrete einzelne Regelungen, für die ich verantwortlich zeichne. Ich hatte immer auch viele Ideen, die das Gesetz sinnvoll ergänzten, z. B. die Clearingstelle für Streitfragen bei der EEG-Gesetzesumsetzung. Auch die bei der Deutschen Energie Agentur (dena) ²⁰⁾ angesiedelte Exportoffensive war ein Vorschlag von mir. Meine Aufgabe habe ich unter anderem darin gesehen, neben dem EEG auch das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) zu überarbeiten. Das war nämlich zentral wichtig. Zwar war es als eines der letzten aus der Nazi-Zeit stammenden Gesetze 1998 novelliert worden, aber es musste immer wieder

angepasst werden. Zum Beispiel hatten gewisse Interessenten entdeckt, dass die im EEG festgeschriebene Vorrangregelung laut EnWG eigentlich abgeschafft gehörte. Wenn wir da nicht aufmerksam gewesen wären, wäre das EEG durch das EnWG ausgehebelt worden. Aber im EEG stecken sehr viele Ideen vom gesamten Arbeitskreis drin, die man am Ende nicht mehr einzelnen Teilnehmern zuordnen kann. Es wurden viele Vorschläge verhandelt, u.a. auch immer wieder vom BEE.

Besonders schwierige Abwägungsüberlegungen waren vor allem wie hoch die Einspeisevergütung der einzelnen erneuerbaren Stromtechniken sein sollte. Es gab einen Konsens von den zuständigen Abgeordnete beider Fraktionen und den Vertretern des BEE, dass es zwar eine ausreichende Vergütung geben sollte, aber dass sich keiner eine „goldene Nase“ verdienen sollte. Das war eines unserer Hauptanliegen. Und zwar deswegen, weil uns das Gesetz dann sofort in der Öffentlichkeit auf die Füße fallen würde. Mit anderen Worten, man konnte mit den Investoren damals noch sehr ehrlich reden.

Heute würde ich das aber nicht mehr so sehen, denn heute haben wir es mit harten Wirtschaftsverbänden zu tun. Ich sage das nicht als Vorwurf, sondern es ist eben Business geworden und da stecken auch Leute drin, deren ökologische Motivation nur noch eine von vielen ist. Damals gab es das gemeinsame Verständnis, dass zwar verdient werden muss, aber keine großen Gewinne entstehen. Außerdem mussten wir bei den Vergütungsabwägungen auch die Technologiesprünge berücksichtigen. Ich muss ehrlich sagen, zu Zeiten von Rot-Grün haben wir es geschafft, alles immer gut auszubalancieren und dabei auch die Ausbaupfade vernünftig im Blick zu behalten.

Für die späteren Fehlplanungen sind wir nicht verantwortlich zu machen, das hat die große Koalition, bzw. Schwarz-Gelb zu verantworten. Der Ausbau der Photovoltaik wurde zu stark, weil es streckenweise eine Überfinanzierung gab. Und als dann die Vergütung korrigiert wurde, war auch die nicht richtig ausjustiert. Die Umlage ist durch den zu raschen Ausbau der PV-Anlagen zu stark gestiegen.

SONNENENERGIE: *Aber es sind doch viele Solarfirmen in Konkurs gegangen, wieso also war die PV-Vergütung zu hoch?*

Hustedt: Das EEG wurde ja nicht dafür konstruiert, deutsche Solaranlagen zu fördern. Sondern wir wollten Solaranlagen fördern. Die deutschen Firmen waren gegenüber den chinesischen Firmen nicht konkurrenzfähig. Das kann man mit dem

EEG nicht regeln. Durch die erfolgreiche Technologieentwicklung wurden die PV-Module immer preiswerter, sodass derjenige, der in eine Anlage investierte, natürlich die kostengünstigsten Module gekauft hat. Und die deutschen Solarfirmen haben sich nicht rechtzeitig auf die ausländische Konkurrenz eingestellt, bzw. auch nicht einstellen können, denn die chinesischen Firmen haben hier auch mit staatlicher Unterstützung eine strategische Offensive gestartet. Allerdings: die Installation, Wartung und auch viele Komponenten der Solaranlagen tragen auch weiter zu dem Jobwunder durch erneuerbare Energien bei.

SONNENENERGIE: *Wenn das Gesetz so erfolgreich war, warum kommt jetzt der Systemwechsel zum Ausschreibemodell?*

Hustedt: Der tiefere Grund für den Ausschreibungsmodus ist: dass nicht mehr die Politik die Einspeisevergütung festlegt und schon gar nicht mehr das Parlament wie früher bei Rot-Grün. Sondern die Regierung legt politisch diskutierte Ziele fest, die ausgeschrieben werden und dann bildet sich der Preis. Alle aber erwarten, dass der höher sein wird als bei einer Einspeisevergütung. Das BMWi behauptet auch gar nicht mehr, dass es billiger wird. Das Argument von der unbedingten Bezahlbarkeit ist still und heimlich eingesammelt worden. Ich bin zwar kein Freund von diesem Ausschreibemodell, aber das ist der Grund, warum das Wirtschaftsministerium den Wechsel zum Ausschreibemodell will, plus Druck von der EU.

SONNENENERGIE: *Für die Technologieentwicklung war die Vergütungsdegression wesentlich. Wie sind Sie auf die Beträge gekommen? Nach welchen Kriterien wurden die Degressionen berechnet? Haben Sie bei diesem Thema mit ökonomischen und wissenschaftlichen Experten zusammen gearbeitet und deren Rat eingeholt?* ²¹⁾

Hustedt: Ja, natürlich haben wir mit der Branche zusammengearbeitet und mit Experten die Abschätzungen vorgenommen. Die Vergütungssätze erwiesen sich zum Glück als sehr realistisch – auch im Nachhinein. Daher denke ich haben wir uns wohl auch die richtigen Expertisen eingeholt. Es gab Wissenschaftler – Joachim Nitsch vom DLR war z. B. immer an solchen Runden beteiligt –, die zu den Vergütungssätzen Stellung nahmen. Dann haben wir die Anlagenbauer gefragt und die Investoren. Daraus entwickelte sich ein bestimmter Vergütungssatz. Dieser Betrag wurde noch einmal von allen durchdiskutiert. So haben

wir uns dem jeweiligen Vergütungssatz schrittweise genähert. Am Ende hatten wir einen Korridor und haben eine Entscheidung gefällt. Diese Entscheidung kam zwar teilweise aus dem „politischen Bauch“ heraus, sie erwies sich aber als tragfähig.

SONNENENERGIE: *Warum wurde eigentlich nur eine Stromwende beschlossen und nicht eine Energiewende unter Einschluss der erneuerbaren Wärme?*

Hustedt: Bei der Wärmewende ist die Frage nicht beantwortet worden, wo die Kosten hängen bleiben. Beim Strom war es durch das Netz relativ einfach machbar und es wurde akzeptiert, dass der Strompreis geringfügig ansteigt. Aber in Wärmebereichen ist das überhaupt nicht akzeptiert. Nehmen wir z.B. mal den Kraftstoff. Als die Grünen in den 90ern gesagt haben, der Preis muss steigen, um Anreize zu geben, Benzin zu sparen, haben wir die Hücke vollgekriegt. Und was Mieten anbetrifft sind, werden Preissteigerungen noch viel sensibler empfunden. Es ist nicht ohne weiteres möglich, die Wärmewende warmmietenneutral zu machen. Damit meine ich, die Kaltmiete könnte ruhig ein wenig höher sein, wenn man dadurch Heizkosten spart. Für den Mieter ist entscheidend, was er als Warmmiete zahlt. Aber leider ist eine warmmietenneutrale klimafreundliche Sanierung meisten nicht realisierbar. Und dann bleibt eben die Frage wer zahlt. Dafür gibt's vier Möglichkeiten: Die Mieter, die Hausbesitzer, der Staat oder die fossilen Energieträger. Erstens die Mieter: Die Politiker trauen sich nicht zu, sie den Mietern aufzubürden. Man kann ja auch nicht gleichzeitig ein Gesetz als Mietpreisbremse im Bund und in den Ländern verabschieden, weil man sieht, dass sich die Mieten teilweise dramatisch erhöhen; dann würde man sich den Vorwurf einhandeln, aus Klimaschutzgründen die Mieten hochzutreiben. Dafür bekommt man keine Unterstützung.

Egal wie man es macht, es wird Widerstand geben. Wenn die Mehrkosten vom Vermieter getragen werden sollen, also vom Bauherrn, bzw. vom Besitzer, tritt die mächtige Lobby der Vermieter auf den Plan. Dabei wird in Regionen wie Berlin immer das Argument vorgetragen, dass dann eben nicht gebaut werden wird, weil es sich angeblich nicht mehr rentiert. Dann bleibt nur der Staat. Und dann sind wir da, was ich vorhin gesagt habe, wenn es auf Basis der Steuerzahler finanziert werden muss, wird man immer an eine Grenze stoßen. Das ist eben das Geniale bei der Förderung des erneuerbaren Stroms, dass wir nicht vom Haushalt abhängig waren und sind. Also

bräuchte man ein Wärmegesetz, dass die Mehrkosten auf die fossilen Wärmeträger Öl, ggf. Gas und Kohle umlegt. Das wäre die beste Lösung weil nebenher auch etwas für die Effizienz insgesamt getan wird: Eine CO₂-Abgabe.

Das wird aber alles nur möglich, wenn man mit dem Mieterbund sozialverträgliche Lösungen erfindet. Und da gehen die Diskussion sinnvoller Weise dahin, dass man nicht nur auf Sanierung setzt. Auch wird darüber diskutiert, dass wir eigentlich gar keine Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mehr brauchen, weil im Grunde alle Gebäude Nullenergiehäuser werden. Aber die dafür notwendigen Sanierungsraten haben wir nie erreicht. Die Tendenz geht jetzt dahin, dass man sagt, lass uns doch lieber nicht 100 % perfekt sein, denn Perfektion werden wir nicht erreichen, sondern lass uns pro Quartier Lösungen finden die einen Kompromiss zwischen Klimaschutz und Kosten bilden. Das Mantra, wir machen alles über Wärmedämmung, hat uns über Jahre ausgebremst!

SONNENENERGIE: *Was ist eigentlich das Revolutionäre an den Erneuerbaren?*

Hustedt: Also erstens, dass sie dezentral sind. Je kleiner eine Energieeinheit wird, umso mehr Akteure können in den Markt. Das hat einen echten Wettbewerb geschaffen und vor allem haben sie Akteure auf den Markt gerufen, deren Anliegen nicht in erster Linie ist, Geld zu machen. Außerdem hat Dezentralität noch den Effekt, dass kleinere Investoren auch kleinere Renditen erwarten. Wenn ich heute mein Geld in Erneuerbare Energien anlege, dann freue ich mich wenn ich 3, 4 oder 5 % Zinsen bekommen. Aber ein Energieversorger wie RWE braucht mindestens 12%, schon allein um seine Chefetage zu bezahlen. Darunter wird nix gemacht. Von daher sind die Erneuerbaren Energien sehr freundlich für kleinere Akteure. Wenn jetzt um denselben Windkraftpark verhandelt wird, dann können kleinere finanziell durchaus mithalten, weil sie mit kleineren Renditen gut leben können.

Revolutionär ist außerdem, dass die Erneuerbaren Energien überall die einzigen heimischen Energiequellen sind, die dauerhaft zur Verfügung stehen und die ökologisch verträglich sind. Und sie machen uns unabhängig von den Lieferanten der fossilen Energien, wie Saudi Arabien und Russland. Politisch sehr wichtig. Wir sind nicht mehr erpressbar.

SONNENENERGIE: *Wie kam es Ihrer Meinung nach zu dem „Missverständnis“ einer Subvention durch das EEG?*

Hustedt: Ich finde die Bezeichnung Subvention noch verständlich, die von

den Gegnern benutzt wird und von den EEG-Befürwortern ist es schwer, dagegen anzugehen, denn wie will man das erklären? Derjenige, der eine Windkraftanlage oder ein PV-Anlage gebaut hat, bekommt ja einen Zuschuss. Zwar kommt er nicht aus dem Staatshaushalt und daher ist es natürlich rechtlich auch keine Subvention. Aber die Umlage ist eben auf der Stromrechnung mit drauf. Im Grunde ist es dem Bürger aber egal, ob er sie über die Steuer zahlt oder direkt über den Strompreis. Rechtlich ist das natürlich keine Subvention. Und das ist auch gegenüber der EU zentral wichtig, weil die Umlage nicht unter die Beihilferichtlinie fällt. Aber das Wirtschaftsministerium (BMWi) klagt dafür bis heute! Der Wechsel zur Ausschreibung ist auch deswegen begründet worden, weil das EEG aus Sicht des BMWi unter das Beihilferecht fällt. Obwohl sie dagegen klagen (Ist ja wohl ein kleiner Widerspruch, oder?). Das heißt, es war immer wichtig, Umlage und Subvention rechtlich auseinander zu halten. Das BMWi unter Rot-Grün wollte das erste EEG nicht verabschieden, bevor die EU das EEG beihilferechtlich überprüft hätte. Das hätte bedeutet, dass wir unnötig viel Zeit verloren hätten, ja es sogar gar nicht zum EEG gekommen wäre. Gott sei Dank, und das war ein ganz intensiver Moment, konnten wir, die Grünen, zusammen mit Hermann Scheer und Dietmar Schütz durchsetzen, dass wir uns davon nicht abhalten lassen.

Viel schlimmer finde ich, dass in letzter Zeit gesagt wird, die Erneuerbaren seien zu teuer. Das war eine richtig gezielte Kampagne unter Schwarz-Gelb, die bis heute weiterläuft. Dass man damit durchgekommen ist, liegt aber auch daran, dass keine richtige Gegenkampagne entwickelt wurde.

SONNENENERGIE: *Was müssen wir für eine Große Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft, Wirtschaft und für ein nachhaltiges soziales Zusammenleben wissen?*

Hustedt: Im persönlichen Bereich würde ich sagen, jeder muss wissen, was sein Verhalten für eine Wirkung hat. Also wenn du Fleisch isst, musst du wissen, dass das eine weitreichende Bedeutung auf den Klimaschutz, den Tierschutz, die Artenvielfalt... hat. Wenn Du eine Fernreise unternimmst, musst du wissen, dass sich damit deine Klimabilanz verschlechtert. Und du musst deine Alternativen kennen. Außerdem müssen wir auch an der inneren Werthaltung arbeiten. Damit man sich im Zweifel dafür entscheidet, auch auf etwas zu verzichten oder eine teurere Alternative zu wählen. Es reicht ja nicht, dass ich weiß ich bin eben ein Klimasch-

wein – na und? Man muss sich schon verantwortlich fühlen. Und das musst du in dein eigenes Handlungsverhalten übersetzen. Also du darfst nicht nur sagen ich bin für Klimaschutz, ja; ich wähle auch grün aber dann reise ich dreimal im Jahr nach Thailand oder so und esse 5-mal in der Woche Fleisch. Das passt nicht. Ich würde auf den Einzelnen bezogen sagen, dass wir sowohl Bildung brauchen, als auch persönliche Wertebildung. So wie Rauchen out ist, muss derjenige genauso out sein, wenn er Unmengen von Fleisch isst. Es müsste „in sein“, dass man gar kein Auto mehr hat. Stattdessen sollten wir eine Teilungsgesellschaft entwickeln. Profilierung sollte nicht mehr (nur) über materielle Güter erfolgen. So würde ich Ihre Frage auf der Ebene der Individuen beantworten. Auf der gesellschaftlichen Ebene ist die Politik verantwortlich, aber auch die Wirtschaft, die Kirchen und die Gewerkschaften, Strukturen zu schaffen, die das individuelle, nachhaltige Handeln fördern. Die Stromseite ist zwar eine Erfolgsgeschichte, aber wir haben noch Verkehr, Landwirtschaft und Energieeffizienz vor uns, das sind alles so gut wie unbeackerte Gebiete.

Es gibt übrigens zwei religiöse Führer, die erstmalig die ökologische Frage thematisiert haben. Das ist einmal Thich Nhat Hanh, ein vietnamesischer Mönch, der nach dem Dalai Lama eine der wichtigsten buddhistischen Führer ist. Er hat in Frankreich seine Gemeinschaft, ist aber weltweit anerkannt. Er hat ein kleines Büchlein geschrieben „Liebesbriefe an die Erde“ – das ist wunderbar zu lesen! Das war der erste religiöse Führer, der die ökologische Frage ins Zentrum der Religion gestellt hat: Was bedeutet sie eigentlich für die Menschen? Werte werden ja auch in den spirituellen Gemeinschaften gebildet. Der Großteil der Menschen gehört irgendeiner religiösen Gemeinschaft an. Und die Kirchen haben viel mehr Möglichkeiten, über Werte zu reden als Politiker. Und der Zweite religiöse Führer ist der Papst. Ich bin in keiner Kirche und nicht mal getauft aber die Enzyklika „Laudato Si“ – die Umwelt-Enzyklika – finde ich revolutionär. Ich glaube nämlich technologisch wäre eine Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft ohne weiteres machbar, wenn der Wille da wäre. Auch ökonomisch wäre sie machbar, wenn eben der Wille da wäre. Aber es kommt eben auf Verhaltensänderungen an, auf die Entwicklung von Verantwortungsgefühl und auf die Bildung von Umweltbewusstsein. Es muss eben auch eine innere Bereitschaft wachsen, sich zu ändern. Wie zum Beispiel beim Thema Fleisch, technologisch gesehen ist hier nicht viel veränderbar.

Nur durch einen Wertewandel kann der Fleischkonsum reduziert werden. Zwar gibt es einen Wertewandel in Deutschland, aber ob er schnell genug geht, werden wir erst noch sehen.

Ich danke Ihnen für das Interview Frau Hustedt.

Das Gespräch wurde von Gerd Stadermann am 2. März 2016 in Berlin geführt.

Dr. Gerd Stadermann ist Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Wissenschaftlicher Beirat im Vorstand der DGS.

Das Interview wurde im Rahmen einer Veröffentlichung in der Zeitschrift SONNENENERGIE geführt.

Fußnoten

- 1) In der Zeit von 1990 – 1994 hat Bündnis90 grüne Politik im Bundestag gemacht und damit die Stellung der Grünen gehalten. Erst 1994 haben sich beide Parteien auf dem Leipziger Parteitag zu Bündnis90/ Die Grünen zusammengeschlossen.
- 2) Hustedt ist selbständige Beraterin und Coach. Mit ihrem ehemaligen Kollegen Albert Schmidt hat sie das Institut CPC Berlin gegründet.
- 3) Duales System Deutschland GmbH (DSD) – Betreiber des deutschen Mülltrennungssystems – Der Grüne Punkt.
- 4) Wolfgang Daniel ging später zu den Leipziger Stadtwerken.
- 5) Wilhelm Erich Knabe (* 8. Oktober 1923 in Arnsdorf bei Dresden) ist ein deutscher Forstwissenschaftler und Politiker. Er ist Mitbegründer der Partei Die Grünen und war von November 1982 bis Dezember 1984 Bundessprecher der Partei.
- 6) Bundesverband der Deutschen Industrie; <https://bdi.eu/>
- 7) Verband der Chemischen Industrie e.V.; <https://www.vci.de/startseite.jsp>
- 8) Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie <https://www.igbce.de/>
- 9) Dietrich Austermann war als Abgeordneter der CDU in den 1990er Jahren ein starker Befürworter der Erneuerbaren Energien und des 1000 Dächer-Photovoltaikprogramms. Später war er von 2005 bis 2008 Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein. Im August 2010 positionierte er sich als einer von 40 Unterzeichnern des Energiepolitischen Appells, einer Lobbyinitiative der vier großen Stromkonzerne, um die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke voranzubringen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Dietrich_Austermann (29.4.2016)

- 10) Auf der Trauerfeier in Berlin sagt Michaele Hustedt: „Mit ihm ist ein Schutzgeist verloren gegangen – ein Energiezentrum für die Entwicklung der Erneuerbaren.“ (<https://www.freitag.de/autoren/bvb/auf-in-die-letzte-schlacht>, 30.6.2017)
- 11) http://www.dev.de/_gesetze/stromeinspeisegesetz.php
- 12) <http://www.westfalenwind.de/team/jlackmann>
- 13) Seit 1990 ist Ramsauer Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 1998 bis 2005 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Ramsauer
- 14) Der Begriff Unbundling (zu Deutsch: Entflechtung) beschreibt die gesetzliche Forderung nach einer Trennung von Netz und Vertrieb bei Energieversorgungsunternehmen. Ziel ist ein neutraler Netzbetrieb – wie es auch im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vorgeschrieben ist. Das EnWG sieht Maßnahmen zur buchhalterischen, informationellen, organisatorischen und gesellschaftsrechtlichen Entflechtung vor. (<http://www.verivox.de/themen/unbundling/>)
- 15) Günter Rexrodt (1941 in Berlin, gest. 19. August 2004 ebenda) war ein Politiker (FDP) und von 1993 bis 1998 Bundesminister für Wirtschaft. https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnter_Rexrodt
- 16) Wilhelm Werner Müller war Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (1998–2002), danach Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG bzw. Evonik bis 2008, https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_M%C3%BCller_%28Politiker%29 (28.4.16)
- 17) Wolfgang Clement war von 2002 bis 2005 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit. Heute ist er Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, einer Organisation, die sich die Behinderung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien auf die Fahnen geschrieben hat. https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Clement (2.7.2017)
- 18) Scheer hat z.B. die Kohleleute der SPD auf seine Seite gebracht, indem er das Grubengas, das beim Abbau von Steinkohle entsteht, mit ins EEG aufnehmen lies.
- 19) Dietmar Schütz war ab 2008 bis Oktober 2013 Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE).
- 20) <http://www.dena.de/>
- 21) Um Kostenreduktionen der erneuerbaren Energietechnologien nachzuvollziehen, ist die Methode der so genannten Lern- und Erfahrungskurven angewendet worden, die schon in den 70er Jahren des 20. Jhd. in der Technologieforschung eingesetzt wurde. Im Bereich der Erneuerbaren Energien wurden Preis-Lernkurven 1999 in der PV-Modultechnik durch Winfried Hoffmann (ASE) entwickelt. Sie prognostizierten mit einer Kostenreduktion von 7 % pro Jahr eine hoffnungsvolle Entwicklung, die die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren in eine greifbare, realistische Nähe rückte.